

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT EUROPA WIEDER STARK MACHEN

KONTEXT

Monatelang, wenn nicht sogar jahrelang, hatte sich Deutschland auf seine nächste sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft in Brüssel vorbereitet. Spätestens im März dieses Jahres war klar: Diese Präsidentschaft wird anders als geplant, aber nicht weniger ambitioniert – im Gegenteil. Die Covid-19-Pandemie stellt die Europäische Union vor nie dagewesene Herausforderungen. Hauptaufgabe des deutschen Ratsvorsitzes muss es nun sein, gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten Lösungen zu finden, wie die EU rasch ihre wirtschaftliche Stärke und Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen kann.

FAKTEN

- Laut Wirtschaftsprognose der EU-Kommission wird die Wirtschaftsleistung in der EU in diesem Jahr um 8,3 Prozent sinken.
- Oberste Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft wird auf der Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie liegen. Dabei wird der Europäische Grüne Deal weiterhin die Grundlage einer nachhaltigen Wachstumsstrategie bilden. Außerdem spielt die digitale Transformation eine zentrale Rolle.
- EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen hat während der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit eine umfassende soziale Agenda vorgestellt, die 2021 in einen Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte münden soll.

UNSER STANDPUNKT

Zurück zum Binnenmarkt

- Grenzkontrollen und Reisebeschränkungen sollten aufgehoben werden, sobald es die epidemiologische Lage zulässt. Europäische Koordinierung ist hier auch in Zukunft essenziell.
- Darüber hinaus darf es auch im Bereich der Mobilität von Grenzgängern und Entsandten keine nationalen Alleingänge geben.

Europäische Solidarität ausweiten

- Wir unterstützen ausdrücklich das Aufbauinstrument „Next Generation EU“, das mit der Kopplung an den mehrjährigen Finanzrahmen intelligent gelöst wurde.
- Angesichts des Neulandes, das die EU mit dieser schuldenfinanzierten Unterstützung betritt, ist es jedoch zwingend erforderlich, das Aufbauinstrument zweckgebunden und zeitlich begrenzt einzusetzen.

Belastungsmoratorium notwendig

- Die politische Agenda muss an die aktuelle wirtschaftliche Lage angepasst werden. Neue Belastungen für Unternehmen sind zumindest durch den Abbau von Belastungen an anderer Stelle auszugleichen.
- Auch in der Sozialpolitik muss sich die EU-Kommission auf das von Ursula von der Leyen geplante „One in, one out“-Prinzip besinnen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

- Investitionen in eine europäische digitale Infrastruktur sind essenziell. Wichtig ist, dass die Flexibilität, die die Digitalisierung mit sich bringt, nicht durch Regulierung behindert wird. Die aktuelle Krise zeigt, welche Chancen die Digitalisierung für unsere Arbeitsabläufe bietet.
- In diesem Zusammenhang begrüßen wir einen neuen europäischen Aktionsplan für digitale Bildung.